

# Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und  
**Handels-Zeitung**  
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes  
der Stadt Leipzig

108. Jahrgang

**Bezugspreise:** Für Leipzig und Umgebungen des Reichs monatlich 1,50 M., vierteljährlich 3,75 M., halbjährlich 7,00 M., jährlich 13,00 M. Bei der Bestellungen, unsere Filialen und Anzeigenstellen abgeholt: monatlich 1,50 M., vierteljährlich 3,75 M., halbjährlich 7,00 M., jährlich 13,00 M. Auswärts monatlich 1,80 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16,00 M. Das Leipziger Tageblatt erscheint wöchentlich 2mal, am Montag u. Donnerstag. In Leipzig, den Nachbarnorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abnahme nach dem Abend des Erscheinens im Hause geliefert. Berliner Redaktion: In den Seiten 17, Fernsprech-Anschluss: No. 497.

**Anzeigenpreise:** Für Inserate aus Leipzig und Umgebungen des Reichs 20 Pf., aus anderen Orten 25 Pf., die Resten 10 Pf. Die Anzeigen die 10 Pf. betragen werden im ersten Teil der Zeitung abgedruckt. Die übrigen im zweiten Teil. Die Anzeigen-Abnahme: Jahrgangspost, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Anzeigen-Expeditoren des In- und Auslandes. Geschäftsstelle für Berlin u. die Dr. Oettersburg: Direction Walter Siegel, Berlin W. 19, Margaretenstraße 4. Fernsprech-Anschluss: 18909 0771.

Nr. 36.

Mittwoch, den 21. Januar.

1914.

## Das Wichtigste.

\* In Leipzig verstarb der Weggehilfe Schöne seine von ihm getrennte lebende Ehefrau in deren Wohnung zu erstickten. (S. bei Art.)

\* Die Zweite Kammer erledigte am Dienstag einige Etatskapitel und Rechnungsjahres. (Siehe Ber.)

\* Im Reichstag gab am Dienstag Staatssekretär Dr. Delbrück eine Erklärung ab, wonach von der Einbringung einer Novelle zum Zolltarif abgesehen werden würde, unter der Voraussetzung, daß die Vertragsstaaten ihrerseits nicht zu einer Kündigung der Handelsverträge schritten. (S. Art. u. Ber.)

\* Generalleutnant von Kraatz berichtigte einen aussehenerregenden Angriff gegen die bayerische Armee, der aus seiner Rede auf dem Preuentage gemeldet war. (S. bei Art.)

\* Der französische politische Schriftsteller und frühere Deputierte Pressencé ist gestorben. (S. Ausf.)

\* Wie aus Bukarest gemeldet wird, herrscht in ganz Rumänien Schneesturm.

\* Bei einem Kampfe zwischen Aufsehern und Insassen des amerikanischen Strafgefängnisses in Mc Alister wurden vier Wärter und drei Gefangene erschossen. (S. Nachr. u. Z.)

\* Ein Unterspекtor der Kriminalpolizei in Kalkutta, der an der Untersuchung der letzten Verhaftung in Kalkutta sehr tätigen Anteil genommen hatte, wurde auf offener Straße erschossen. (S. Ausf.)

## Herrn Delbrücks Etatsrede.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

○ Berlin, 20. Januar.

Der heutige dritte Tag der Beratung seines Etats gipfelte in der Rede des Staatssekretärs des Innern. Man hatte sie erwartet; denn Herr Delbrück war gestern und Sonnabend so oft apokryphiert worden, daß eine Antwort schließlich ihm zur Pflicht wurde. Aber, wie glauben: er hat dieser Pflicht auch gern genügt. Herr Delbrück ist längst nicht mehr in dem Maße der Sprechmeister, wie es zu seiner Zeit Graf Pobadowitz war. Aber in den letzten Wochen, während deren zu Jahresanfang sein Etat zur Beratung steht, pflegt er doch allemal zu umfassenden Darlegungen das Wort zu nehmen. Das werden dann immer etwas wie Programmen und sollen es auch sein. Herr Delbrück läßt das Geschaffene Revue passieren und kündigt zugleich an, was noch geschaffen werden soll. Er setzt sich daneben aber auch mit den Problemen auseinander, die ihm aus Presse, Parlament und Interessentkreisen entgegengetragen werden.

Herr Delbrück hat heute länger geredet, ist ausführlicher gewesen als sonst bei diesen Anlässen. Das machte, weil er gleichzeitig über Sozialpolitik und die wirtschaftlichen Dinge zu sprechen unternahm. Dabei war es interessant zu sehen, wie der Minister immer mehr in diese Fragen hineingewachsen ist. Herr Delbrück ist auch jetzt kein sozial-reformerischer Stürmer oder Dränger; so heiße Überhaupt nicht am Werke, aber das, worauf es ankommt, hat er doch klar erkannt und faßt es auch nicht, es auszusprechen. Eine gutgestellte Arbeiterchaft, erklärte unter lebhaften Beifallrufen aus dem Hause Herr Delbrück, ist eine starke Säule für unsere nationale Kraft und ferner: „Eine verständige Sozialpolitik ist eine Kraftquelle für das Deutsche Reich.“ Die Sozialdemokraten, die sich des Lebens Unverstand durch Räpfelei zu verschaffen lieben, haben ihn dann zwar prompt einen „Necht des Unternehmertums“ geheißen, als er den Begriff der „verständigen Sozialpolitik“ dahin zu erweitern suchte, daß sie auch des Arbeitgebers, seiner Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit zu denken habe. Aber an diesem Vorwurf wird der Staatssekretär nicht zu schwer zu tragen haben. Anders sehen die Dinge sich von oben an, anders von der Finne der sozialdemokratischen Partei, die für gewöhnlich nur ein Maulwurfs-hügel ist. Herr Delbrück hat dann noch allerlei einschichtige Bemerkungen über Tarifverträge, Reichsrentenamt und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine beigefügt, die uns zu erweisen scheinen, daß er mit diesen Fragen sich nachdrücklich beschäftigt hat und zu eigenen Anschauungen kam. Auf das eine und andere wird wohl noch nach Abschluß der Generaldebatte im Zusammenhang zurückzukommen sein. Für

heute genügt es wohl, zu notieren, daß der Minister hier die Pflicht zur Weiterarbeit und Fortschritt anerkannte, ohne im übrigen die utopische Meinung zu teilen, daß auf dem Wege nun wirklich und unweigerlich der soziale ewige Friede andreschen würde.

Der zweite, an Umfang nicht geringere Teil der Ministerrede galt dann der Wirtschaftspolitik. Der Staatssekretär verharnte zunächst bei der Lage der deutschen Wirtschaft im allgemeinen, suchte mit im einzelnen ja nicht mehr ganz neuen Argumenten zu erweisen, daß die Preissteigerung nicht durch unsere Zollpolitik oder wenigstens nicht bloß durch sie hervorgerufen sei und daß an dem Aufsteigen der deutschen Wirtschaft die Arbeiterschaft ihr rechtlich Teil gehabt hätte. Dann aber ging er dazu über, schlicht und schundlos, wie das Herr Delbrück ganze Art ist, die Frage nach dem „Was wird nun?“ zu beantworten. Räumlich dieses: Es bleibt in allem Wesentlichen beim alten; die Regierung wird die Zölle nicht heraufsetzen, weil sie der Überzeugung ist, daß sie im allgemeinen genügen, aber sie wird sie auch nicht herabsetzen lassen. Soweit es an ihr liegt, wird sie überhaupt nichts an den bestehenden Verträgen ändern und wird darum auch nicht eine Novelle zum Zolltarif vorlegen. Wird aber das Vertragsverhältnis von dem einen oder anderen Staat getündigt, so wird die Regierung mit Ernst und Eifer sich der Dinge anzunehmen und alles daran setzen, die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu verteidigen und die Verbesserungen des geltenden Tarifs durchzuführen. Für diesen Fall deutete Herr Delbrück an, welchen in seinem Amt schon sozusagen wirtschaftliche Robilmadungsspläne.

Für den einmigermaßen Unterrichteten waren das alles kaum Neuigkeiten, und so ungefähr hatte man sich diese Erörterungen von vornherein gedacht. Trotzdem schienen sie hier und da wie Sensationen zu wirken. Jedenfalls werben sich um sie die kommenden Debatten zu sehr beträchtlichem Teile drehen.

## Die „Erfolge“ des Preußenbundes.

Auch noch ein Sachjendunt!

Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Herr Dr. Köstke hat sich bei der Begründung des Preußenbundes in Berlin dahin ausgesprochen, daß er „jede ähnliche Organisation in jedem einzelnen Bundesstaate ebenso herzlich begrüßen würde“. Wie wir aus Dresden erfahren, ist bereits vor Abhaltung des Preuentages in einem konservativen Kreise die Anregung zur Gründung eines Sachjendbundes es eifrig besprochen worden, mit dem Ergebnis, daß ein angesehenes Mitglied des Bundes der Landwirte beauftragt wurde, mit der Leitung der konservativen Partei, einigen Mitgliedern der Ersten Kammer und etwaigenfalls auch mit hohen Regierungsstellen Fühlung zu nehmen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dieses Vorhaben befruchtet werden wird, zumal da der Ausfall des Preuentages in Berlin auch bei den Führern der sächsischen konservativen Partei sehr gemischte Gefühle hervorgerufen hat. Wenn in diesen Kreisen der Gedanke, nach dem Muster des Preußenbundes eine Vereinigung echter Sachjens ins Leben zu rufen, freundlich aufgenommen worden sein sollte, so hat doch die in Berlin angeschlagene preußische Tonart die Befürchtung erweckt, daß zurzeit wenigstens eine Übertragung des Preußenbundes ins Sächsische nicht allgemein auf wohlwollendes Verständnis stoßen würde. Ob damit der Plan als ganz ausgegeben anzusehen ist, steht dahin.

Bemerkenswert ist, daß ein sächsisches Blatt, nämlich die Chemnitzer „Allgemeine Zeitung“, offen für den Preußenbund um Mitglieder wirbt. Vielleicht befindet sich darin nur der Eifer eines Redaktionsmitgliedes, das sich dem Preußenbund angeschlossen hat; es ist aber doch eine höchst merkwürdige Sache, wenn das sächsische Blatt auch jetzt, nachdem der Preußenbund seinen partikularistischen Zweck aller Welt auf das unabweidliche bekundet und durch die Rücksichtslosigkeit einiger Redner die größte und bebauerlichste Mißstimmung hervorgerufen hat, für diese partikularistische Grünbung eintritt. Zur Bekämpfung werden gerade „liberale Männer“ aufgefördert, dem Preußenbunde beizutreten, damit jede Einseitigkeit vermieden würde. Also etwas scheint die „Allgem. Ztg.“ von der Einseitigkeit doch schon gemerkt zu haben. Wenn sie aber wirklich für den Grundgebanten des Preußenbundes so sehr begeistert ist, warum sucht sie nicht gleich Fühlung mit den sächsischen Führern des Bundes der Landwirte, um den Gedanken an einen Sachjendbund noch rechtzeitig zu verwirklichen? Es ist nicht ausge-

schlossen, daß ein solcher Versuch die im Augenblick von Berlin aus bewirkte Gemütsbedrückung siegreich überwindet. Es gilt, sich ein Verdienst zu sichern, denn wie schon wird es im Deutschen Vaterlande erst werden, wenn allenthalben nach dem Wunsche des Herrn Köstke sonderstaatliche Patriotenvereine ins Leben treten, ihre landesfarbige Eigenart pflegen, kurzum alles tun, um des Deutschen Reiches Ansehen vor aller Welt zu erhöhen. Der Ausblick ist wahrhaft herzzerreißend.

## Die Erregung in Bayern

über die Taktlosigkeit des Herrn von Kraatz ist im Steier begreifen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen an der Spitze des Blattes in Sperdruck einen Aufsatz ihres militärischen Mitarbeiters, der die glänzenden Taten ausdauernder Heldentatigkeit der bayerischen Truppen in den kühnsten Tagen der Kämpfe bei Orleans lebenshaftlos darstellt und zum Schluß sagt:

„Angesichts der geschichtlich feststehenden Tatsachen mag es ein preussischer General öffentlich den Bayern gerade in der Schlacht bei Orleans Mangel an Tapferkeit gelegentlich einer Szene vorzuwerfen, wo die Bayern sich vor dem französischen Feuer zurückzogen, die Preußen aber nicht angegriffen hätten. Die bayerischen Kriegskolonnen gegen Keiserliche Anhaltspunkte, ein derartiges Vorkommnis irgendwie nachzuweisen. Abgesehen davon bestanden sich auch die Bayern während der ganzen Schlacht, in der die Franzosen durch das gleichzeitige feindliche Vorgehen aller deutschen Kolonnen beinahe vollständig vernichtet wurden, in keiner derartig kritischen Lage. Aber selbst zugeben, es wäre ein, übrigens überall schon vorgekommenes, momentanes Stutzen einer kleinen Abteilung nachzuweisen, so heißt auch nicht der geringste Anstoß in der allgemeinen Beurteilung der Tapferkeit eines Armees Regiments an Tapferkeit vorzuwerfen, der gerade diese Eigenschaften in allen Feldzügen nachgerühmt und von Napoleon selbst gelegentlich mit der Parole anerkannt wurde: „Bravoure et Bavière“, „Tapferkeit und Bayern“.“

Dieser Abwehr in der Presse reißt sich würdig die feierliche Verwahrung der bayerischen Kriegserzenerie an. Wir erhalten darüber folgende Drahtnachricht:

München, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht unseres Mitarbeiters.) Der Vorsitzende der bayerischen Veteranen- und Kriegerversammlung, Pailer, erklärt einen feierlichen Protest gegen die Behauptung des bayerischen Armees durch den Generalleutnant v. Kraatz auf dem Preuentage. Er weist die unqualifizierbare Verunglimpfung und unwahre Unterstellung mangelnder Kurage entkräftet zurück. Er erzählt, wie er selbst nach der Schlacht bei Orleans erschöpft und verwundet von einem preussischen Offizier mit den Worten geküßt worden sei: „Ihr braven Bayern, ihr habt euch tapfer gehalten!“

Auch in der bayerischen Kammer der Abgeordneten hat Herr v. Kraatz die eingehende Antwort vom Ministerialbüro aus erhalten:

München, 20. Januar. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten protestierte bei der Beratung des Militärerats Abg. Leibl (Ztr.) gegen die Behauptung des Generals v. Kraatz auf dem Preuentage in Berlin über das Verhalten der bayerischen Truppen bei Orleans. Er erklärte, derartige Angriffe ständen viel zu niedrig, als daß sie das Ansehen und den Ruhm der bayerischen Armee irgendwie beschmühen könnten.

Abg. Bier (lib.) gab namens seiner Partei folgende Erklärung ab:

Im Namen meiner Partei konstatiere ich: Wir empfinden die auf dem sogenannten Preuentage gefällten Äußerungen eines Generals a. D. gegen die bayerische Armee als eine durch nichts gerechtfertigte Herabsetzung der bayerischen Armee und ihrer ruhmvollen Geschichte und als eine ganz unerhörte Schmäherung der Verdienste, welche sich die bayerische Armee um die Einigung Deutschlands, um die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches auf den Schutttrümmern Frankreichs erworben hat. Ich weiß nicht, soll man sich bei dieser Äußerung mehr wundern über die Unkenntnis eines hohen Offiziers über die einschlägigen kriegerischen Verhältnisse, oder über die unlaubliche Anmaßung, mit welcher dieser Herr sich zu einer so unerhörten Kritik verleitete ließ.

Kriegsminister Frhr. v. Krey: Die durch die Presse gegangene Nachricht, nach der General v. Kraatz gelegentlich des am 18. Januar abgehaltenen Preuentages geäußert haben soll, daß die bayerische Armee bei Orleans sich zurückzog, die Preußen aber frisch angegriffen hätten, muß mir als in tendenziöser Absicht entkräftet erscheinen. Wenn ich aber die Nachricht als richtig erweisen sollte, so kann ich eine so unerhörte Äußerung nicht schärf genug brandmarken, da dies eine Verunglimpfung der glorreichen Erinnerungen der bayerischen Armee enthält, die gerade in den Kämpfen vor Orleans sich auf heldenmütige geschlagen und mit unvergleichlichem Ruhm bedeckt hat. Ich müßte eine solche Äußerung aus dem Munde eines so hohen Offiziers auf tiefste

bedauern und einen solchen Anwurf gegen die bayerische Armee auf das entschiedenste zurückweisen. (Allseitiger Beifall im ganzen Hause.)

## Die Berufungsverhandlung im ersten Krupp-Prozess.

Berlin, 20. Januar.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde zunächst allseitig auf die Vernehmung des Zeugen v. Wehen verzichtet.

Die Verhandlung erstreckt sich nochmals auf den Auszug des Etats des Kriegsministeriums, der n. a. auch der Firma Krupp zugänglich bearbeitet hat. So lagen im Besitze der Verhandlung mehrere Geheimrechnergebnisse des Kriegsministeriums als Zeugen aus, Firmen, die mit dem Kriegsministerium in Verbindung standen, sei um Anfrage über den Etat Auskunft erteilt worden. Major Weitenhausen vom Kriegsministerium stellt die Berechtigung hierzu laut Vorchrift fest. Zeuge Strauß, Bureauvorsteher bei der Firma Krupp in Essen, erklärte, daß die Kenntnis der Konturpreise für die Direktion gewiss nicht ohne Wert war, aber niemals dazu benutzt wurde, die Preise in die Höhe zu legen. Die Kenntnis der Konturpreise hätte lediglich dazu gedient, die Preise zu regulieren.

Der Handelsvollmachtigte, Zeuge Demwig, schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Vorzeugen an. Auch er behauptet, daß Krupp auf Grund der Kenntnis der Konturpreise niemals seine Preise erhöht habe. Es gebe übrigens auch eine Bestimmung, wonach Krupp gleichzeitig mit der Eintragung zur Beteiligung an den Lieferungen die Mindestpreise mitgeteilt werden sollen, jedoch müsse dann Krupp ein Teil der Lieferung gegeben werden. Dies wird auch von den militärischen Sachverständigen bestritten. Ueber die Verion Brandts kann Demwig wenig Auskunft geben, er hält ihn jedoch der Schürzerei nicht fähig. Der Zeuge wird vereidigt im Gegensatz zur Vorverhandlung, wo von der Vereidigung Abstand genommen wurde, da inzwischen das gerichtliche Verfahren auf Mitternacht ein- gestellt worden ist. Es wird noch

Direktor Dräger als Zeuge vernommen. Obwohl dem Zeugen der intime Verkehr des Brandt mit den Zeugnissen nicht gefallen habe, wurde, da er die Zeugnisse zur Geheimhaltung angeheimlich hatte, ihm doch nicht der Gedanke, daß Brandt den Offizieren Gelder gab. Er habe auch Brandt hierauf aufmerksam gemacht. Der Zeuge, der in der Vorverhandlung wegen der gegen ihn stehenden Unteruchung auf Anweisung und Mitternacht nicht vereidigt worden war, wird nach der Beratung des Gerichtshofes vereidigt.

Für den Rest des Verhandlungstages wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nächste öffentliche Sitzung Mittwoch.

## Politische Ueberlicht

Kießer in New York.

Der Präsident des Danjabundes, Geheimrat Justizrat Dr. Kießer, hielt am Montag abend bei einem Bankett der „Bankers Association“ in Waldorf-Astoria-Hotel den angekündigten Vortrag, zu dem ihn diese Vereinigung der größten amerikanischen Bankiers aufgefordert hatte. Das Thema des Vortrages, den Geheimrat Kießer in englischer Sprache hielt, lautete: „Deutsche Banken und deutsche Industrie“.

Der Vortragende begann, nach der „B. Z.“ mit einer Darstellung der leitenden Grundsätze, die es der deutschen Reichsbank ermöglichen, den Anforderungen der Industrie zu genügen und gleichzeitig gegenüber jeder ungesunden Entwicklung hemmend vorzugehen. Diese Ausführungen gaben Herrn Geheimrat Kießer die Gelegenheit, die Bestimmungen der augenblicklich das öffentliche Interesse lebhaft in Anspruch nehmenden Owen-Glas-Bill kritisch zu erörtern. Als der Redner, auf gewisse bekannte Vorgänge in Amerika anspielend, bemerkte: „Die Politik verdrängt mich unter den Charakter, aber immer das Geschäft, schalte ihm lautes Gelächter entgegen. Kießer schilderte sodann die verschiedenen Formen und Wege, auf denen die deutschen Kreditbanken die deutsche Industrie gefördert haben, sich aber auch die Schattenseiten dieser Entwicklung nicht unerörtert. Er zeigte schließlich, wie trotz aller Schwierigkeiten und Anfeindungen die deutschen Banken in Gemeinschaft mit der Reichsbank es verstanden haben, den Umfang von fremden Krediten nahezu völlig unangenehm zu machen. Die Reichsbank habe es in den letzten zwei Jahren sogar fertig gebracht, die Gelddruckerei in erheblichem Umfang zu steigern und zugleich den Diskontsatz zeitweise noch unter dem englischen zu halten. Kießer schloß mit dem Hinweis, daß es „unbegrenzte Möglichkeiten“ niemals und in keinem Staat gegeben habe noch geben werde, und daß es gerade im Nachteile nötig sei, sich der Schranken bewußt zu bleiben, die unter keinen Umständen überschritten werden dürfen. Die Banken dürfen nicht für einseitige Interessen arbeiten, sondern haben Rücksicht zu nehmen auf das Gemeinwohl, auf das größte, teuerste Gut: das Vaterland.